



Der Augenzeuge

„Das ist einfach Willkür“

Im Rheinisch-Bergischen Kreis vor den Toren Kölns geht die Verwaltung besonders rigide gegen Schwarzbauten vor. Häuser, die vor Generationen errichtet wurden, sollen abgerissen werden, weil die heutigen Eigentümer keine Baugenehmigung vorweisen können. **Martin Masurat**, 57, Sprecher der Interessensgemeinschaft „Bürger gegen Behördenwillkür“, kämpft um das Heim seiner 75-jährigen Nachbarin.

Seit ich denken kann, steht das Haus dort oben am Waldrand. Mein Opa Wilhelm und die anderen Männer aus dem Dorf Breibach haben es vor dem Krieg gebaut. In einer alten Flurkarte aus dem Jahr 1939 ist es schon eingezeichnet. Erbaut wurde es damals für die nichtjüdische Frau eines jüdischen Bankiers aus Köln, den die Nazis deportiert hatten. Als kleiner Junge haben meine Brüder und ich der Frau Mertins immer Milch und Eier vom Hof meiner Eltern gebracht. Irgendwann wurde das Haus verkauft. Seit 2005 gehört es der Familie von Frau Liedtke, sie ist die vierte Besitzerin. Wenig später fing der Ärger mit dem Bauamt der Kreisverwaltung an, den hier viele haben. Am schlimmsten hat es vor anderthalb Jahren einen Nachbarn getroffen, der sein Haus wegen teilweise fehlender Baugenehmigungen abreißen musste. Ein Schaden von mehr als 600.000 Euro. Und jetzt ist Frau Liedtke dran. 2011 bekam sie einen Brief, in dem sie aufgefordert wurde, alles abzureißen. Ihr Haus beeinträchtigt die „natürliche Eigenart der Landschaft“. So ein Unsinn, rechts und links von ihr stehen doch auch Häuser. Das ist einfach Willkür. Beamte gegen Bürger. Wir lassen uns das nicht mehr bieten. Man kann doch eine 75-jährige Frau nicht einfach aus ihrem Haus jagen und auch noch verlangen, dass sie für den Abriss bezahlt. Sie hat geklagt und in erster Instanz verloren, die Berufung läuft. In unserer Gemeinde soll es bis zu 70 solcher Schwarzbauten geben. Für alle wird seit Jahrzehnten Grundsteuer bezahlt, Kanal- und andere Gebühren, die die klamme Gemeinde dringend braucht. Abrissgrundstücke bringen keine Steuern – warum kapieren unsere Politiker das nicht? Ich war eigentlich nie ein besonders politischer Mensch. Aber jetzt bin ich in die FDP eingetreten. Sie will eine neue Bausatzung für das Gebiet durchsetzen. Ein guter Vorschlag. Alleine kann man sich doch nicht wehren gegen die da oben.

Aufgezeichnet von Barbara Schmid

Westlotto Bafin soll prüfen

In der Affäre um die systematische Vermittlung von Lottogewinnern zur Privatbank Merck Finck & Co. gerät auch die staatliche Lotteriegesellschaft Westlotto zunehmend unter Druck. Die Bochumer Anwaltskanzlei Haas und Partner hat in der vergangenen Woche die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bafin) eingeschaltet. Die Anwälte, die in erster Instanz bereits Schadensersatzansprüche gegen die Bank durchgesetzt haben, wollen die Bafin-Experten prüfen lassen, ob die „regelmäßige Zuführung von Lottogewinnern den Tatbestand einer erlaubnispflichtigen Anlagevermittlung“ begründet. Sollte die Bafin das feststellen, könnte dies für die Verantwortlichen bei Westlotto strafrechtliche Konsequenzen haben. Nachdem Westlotto sich bereits von seinem langjährigen Gewinnerberater getrennt hatte (SPIEGEL 22/2014), meldete das Bankhaus in der vergangenen Woche, man habe eine interne Untersuchung eingeleitet. Für deren Dauer sei der Merck-Finck-Direktor Heinz-Walter Tebrügge beurlaubt worden. Das Landgericht Münster hatte ihm bescheinigt, Lottogewinner weder „anlegergerecht noch anlagegerecht“ beraten zu haben. gla

EU-Parlament Nicht witzig

Der grüne Europaabgeordnete Sven Giegold will verhindern, dass der Satiriker Martin Sonneborn und seine Spaßpartei Die Partei ins EU-Parlament einziehen: „Ich fordere, dass die Parlamentsverwaltung die Rechtmäßigkeit seiner Pläne umfassend prüft und so sein Erscheinen hier möglichst lange hinauszögert.“ Sonneborn, der auch eine Satire-Seite bei SPIEGEL ONLINE produziert, hatte bei der Europawahl für Die Partei ein Mandat

gewonnen und angekündigt, „die EU wie ein kleiner südeuropäischer Staat melken“ zu wollen. „Wir werden die Zeit vor allem damit verbringen, unsere Rücktritte zu organisieren und uns zu bereichern.“ In den fünf Jahren der Legislaturperiode möchte Sonneborn 60 Mitglieder je einen Monat rotieren und Diäten, Bürokosten und am besten auch Übergangsgeld kassieren lassen. Per Brief verlangt Giegold vom obersten Verwaltungsbeamten des Parlaments, Klaus Welle, „diese geplante Verschwendung von Steuergeldern mit allen rechtlichen Mitteln zu verhindern“. Er liebe „Sonneborns Witze auf Kosten von uns Politikern“, aber lasse „keine auf Kosten der Steuerzahler zu“. gps

Migration Koalitionskrach ums Asylrecht

Gegen die Asylpläne von Bundesinnenminister Thomas de Maizière formiert sich breiter Widerstand in der SPD. Der Christdemokrat will die Regelungen zum Bleiberecht verschärfen. Nachdem schon das Bundesjustizministerium von Heiko Maas (SPD) in einer 60 Seiten langen Stellungnahme den Gesetzentwurf verrissen hatte, stellt sich auch die Migrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoguz (SPD), gegen de Maizière. Dessen Konzept enthalte viele Aspekte, die „größtenteils nicht zustimmungsfähig“ seien. Vor allem de Maizières Pläne für schärfere Regeln bei der Abschiebungshaft würden erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken aufwerfen, schreibt Özoguz in ihrer 36 Seiten langen Bewertung an das Innenministerium. Im Koalitionsvertrag habe man sich auch darauf geeinigt, Opfer von Menschenhandel leichter aufzunehmen. „Dies wird mit dem Gesetzentwurf nicht hinreichend umgesetzt“, kritisiert Özoguz. ama